

„Du paßt nicht mehr in unser Weltbild“

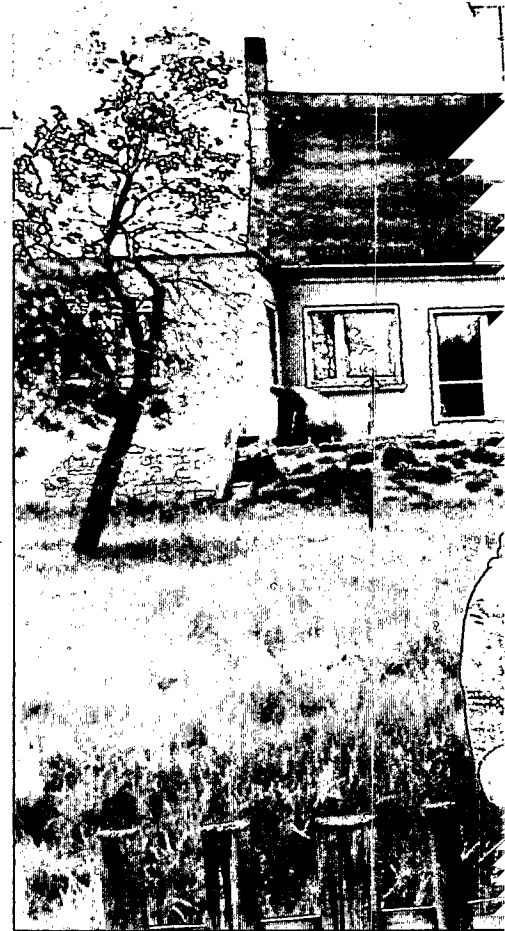
Westdeutsche im Osten des neuen Deutschland: Manch hohe Beamte und mutige Politiker wechselten seit der Wende vom Westen in den Osten, um dort westliches Know-how zu vermitteln. Die Emigranten werden jetzt zur eigenen Klasse – Heimatlose, die in der neuen Umgebung als Exoten gelten.

Der Anruf kam an einem Freitag, nachts um halb zwölf. Kurt Biedenkopf lag schon im Bett. Lothar Späth war am Apparat. „Wir sitzen hier zusammen“, eröffnete der damals noch amtierende Stuttgarter Regierungschef dem Professor, „weil wir dringend einen Ministerpräsidenten für Sachsen brauchen.“ „Hat das nicht Zeit bis morgen?“ fragte Biedenkopf. „Nein“, lautete die Antwort.

So oder so ähnlich fangen die meisten Geschichten von Westdeutschen in Ostdeutschland an: zwischen Tür und Angel, von jetzt auf gleich. Irgend jemand hing am Telefon und redete und redete.

ne Gesellschaft, im Osten alles anders, im Westen nichts Neues. Verändert habe sich, so der sächsische Finanzminister Georg Milbradt (CDU), „im wesentlichen nur die Wetterkarte“.

An den Bruchstellen der wieder geteilten Republik aber ist, List der Geschichte, eine neue Spezies der politischen Klasse entstanden – Westdeutsche mit Ost-Erfahrung, ebenso respektvoll wie spöttisch „Wossis“ genannt. Sie sind im Einigungsvertrag nicht vorgesehen. Aber sie wurden – völlig ungeplant und unbemerkt – das derzeit wichtigste Bindeglied in der auseinanderdriftenden Republik.



Christdemokrat Kolbe, Ehefrau Bettina vor



West-Experten Kühbacher, Steinke*: „Setz deinen Arsch in Bewegung“

Und als sie sich breitschlagen ließen, wußten sie nicht, worauf sie sich einlassen hatten. Sie wurden losgeschickt, um den Ostdeutschen den Westen beizubringen – und hatten keine Ahnung.

Die Zeit der Aufbrüche ist vorbei. Die West-Strukturen sind fester zementiert als einst die Mauer, die Befunde deprimierend: geeinter Staat, gespalte-

Biedenkopf hatte sich gerade von Bonn abgemeldet. Er war Gastprofessor in Leipzig geworden, hielt Vorlesungen und fand es „wunderbar“, etwas ganz Neues zu machen. Jetzt sollte er das alles umschmeißen, weil Heiner Geißler abgesprungen war? Er zierte sich – immerhin bis morgens halb acht.

Milbradt war Kämmerer in Münster und wollte eigentlich als Professor der Finanzwissenschaft an die Uni zurück.

An einem Freitag morgen wurde er gefragt. Freitag mittags sagte er zu.

Alwin Steinke, Abteilungsleiter in Potsdam, mußte nicht lange überredet werden. Der Sozialdemokrat, einst Pressesprecher zweier Bonner SPD-Minister, hatte schon den DDR-Finanzminister Walter Romberg beraten. Nun langweilte er sich wieder in Theo Waigels Finanzministerium. An einem Sonntag nachmittag entschied Brandenburgs Kassenwart Klaus-Dieter Kühba-

* Vor der Baustelle des Brandenburger Finanzministeriums.



ihrem Haus bei Grimma: „Waigels Potemkinsche Dörfer“

cher per Telefon den Ehe-Disput im Hause Steinke: „Setz deinen Arsch in Bewegung. Morgen früh um acht bist du in Potsdam.“

Der bis dahin völlig unbekannte bayrische Finanzrichter Manfred Kolbe, 38, hatte noch nie in seinem Leben für irgendein politisches Amt kandidiert. Plötzlich war er direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der CDU im sächsischen Grimma (54,6 Prozent).

Wossis, vor denen man die Ostdeutschen immer gewarnt hatte, sind inzwischen deren engste Verbündete. Die Probleme des Ostens sind ihnen vor Ort so in den Kopf gestiegen, daß sie jetzt Probleme mit dem Westen kriegen.

Zwischen Elbe und Oder den „Systemwechsel“ organisieren, dem Osten die westlichen Spielregeln beibringen, das ist der Auftrag, mit dem sie in die ehemalige DDR geschickt werden. Aber je länger die Emissäre versuchen, die real existierenden Probleme der untergegangenen DDR nach den vertrauten Rezepten zu lösen, desto fragwürdiger erscheinen ihnen die Rezepte, desto idiotischer der ganze Bonner Betrieb.

Alwin Steinke hat es inzwischen aufgegeben, an Wochenenden in Bonn „über das Thema Ost-West zu reden: Ich hatte das Gefühl, daß die das nach zwei Jahren einfach nicht mehr interessiert.“

Rüdiger Thiele (FDP), Staatssekretär im sächsischen Wirtschaftsministerium, davor 20 Jahre lang im Kanzleramt, hat ähnliche Erlebnisse, wenn er mit ehemaligen Kollegen redet.

Gesagt hat es noch keiner. Aber so wie sie ihn manchmal musterten, spürte er, was sie meinten: „Du paßt nicht mehr in das Weltbild, das wir uns da unter der Bonner Käseglocke zurechtgezimmert haben“ – es war bis dato auch sein Weltbild.

Immer mehr wechseln die Seite. Die Kolonisatoren kehren als Kritiker zurück. Die Liquidatoren werden die Anwälte des Ostens.

Eine kleine radikale Minderheit marschiert da durch die Institutionen. Aber es ist noch nicht klar, ob sie zwischen den Stühlen landen wird.

„Gewisse Züge des Konvertitentums“ registriert der ostdeutsche SPD-Vize Wolfgang Thierse bei vielen, eine Neigung zum

„Renegatentum“, die den frisch Bekehrten verrät und „gegen die eigenen Freunde besonders“ wüten läßt.

Vor allem aber einen ziemlich ausgeprägten „Bekennniszwang“: Fast jeder Westdeutsche in der alten DDR erzählt ihm, daß er ein Wossi und kein Wessi sei.

„Ich bin zwar von drüben“, lautet die Botschaft, „aber ich will mich von denen dort unterscheiden.“

Im Osten müssen sie gegen das Image ankämpfen, doch nicht anders zu sein als die verhaßten Kofferträger mit dem unruhigen Blick: die morgens auf die schnelle einfliegen, abends zurückjetten und 10 000 Mark für eine sogenannte Beratung kassieren – die Prototypen des häßlichen Westdeutschen.

Zu viele „schräge Vögel“ haben nach dem Fall der Mauer „Geschäfte mit der Gutgläubigkeit der Menschen“ (Kolbe) gemacht. Der Flurschaden, den sie anrichteten, ist beträchtlich.

Aber auch wenn die Westler es schaffen, sich von dem Klischee abzusetzen, bleibt Distanz. Als er fragte, warum sie ihn eigentlich nie zu sich nach Hause einladen wollten, bekam Alwin Steinke von seinen ostdeutschen Mitarbeitern zu hören: „Wissen Sie, wir leben doch ziemlich bescheiden, und wir wollen eigentlich nicht, daß Sie das sehen.“ Dabei wohnt er selbst nur in einer möblierten Mansarde, Klo auf halber Treppe.

Auch der anerkannte Wossi wirkt auf seine Umgebung als der Überlegene,

wenn er von Haushaltsplänen redet, von Gewerkschaftsorganisation, von Bilanzen und Wirtschaft. „Da erwächst nie nur Respekt, sondern immer auch etwas Beschämung“, wie Thierse beobachtete.

Die Spaltung der Gesellschaft setzt sich in den etablierten Parteien fort. Die Ost-Genossen reden anders als die im Westen. Den CDU-Abgeordneten aus Leipzig trennt eine Welt von dem Parteifreund aus Stuttgart.

Die Konfliktlinien folgen schon lange nicht mehr den Parteigrenzen – bei den Wossis fällt das nur besonders auf.

Das frühere CSU-Mitglied Kolbe ist heute einer der schärfsten Waigel-Kritiker. „Potemkinsche Dörfer“ nennt er dessen Rechnung, Jahr für Jahr müßten die Westdeutschen auf 170 Milliarden Mark zugunsten der Ostdeutschen verzichten. Nach Kolbes Rechnung sind im Westhaushalt nur 25 Milliarden gestrichen und in den Osten „umgeschichtet“ worden. Der Rest seien erhöhte Sozialversicherungs-Abgaben und Schulden, die die Ostdeutschen zum Teil selbst zurückzahlen müßten.

Die politische Geographie ist durcheinander geraten – keine neue Erkenntnis. Jetzt aber machen Wossis die Verwerfungen sichtbar. Sie vollziehen die Rochäden, die man in Bonn noch nicht für möglich hält. Ganze Herden von Heiligen Kühen wurden schon notgeschlachtet.

Sozialdemokraten wie Steinke, die sich zu den 68ern rechnen und jahrelang für den Ausbau des staatlichen Korridors stritten, schwören – angesichts leerer Haushaltskassen – auf die alleinige Kraft des Privat-Kapitals („Es geht nur durch private Investitionen“) und gehen auf Distanz zur ÖTV.

Der CDU-Abgeordnete Kolbe marschiert Arm in Arm mit IG-Metallern durch seinen Wahlkreis und besetzt mit ihnen das von Stillelegung bedrohte Elektroschaltgeräte-Werk in Grimma.

Soziale Besitzstände sind nicht mehr tabu. Kühbacher möchte Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosenunterstützung im Prinzip nur noch dem gewähren, der sich weiterbildet oder umschulen läßt – ketzerische Gedanken, an die er sich früher nie herangetraut hätte.

Auf der anderen Seite hantieren Konservative und Liberale mit Ideen, die früher als „links“ galten. Thiele beispielsweise findet „Investitionslenkung“ zwar weiterhin „nicht wünschenswert, aber in gewisser Weise notwendig“.

„Wütende Reaktionen“ erntete der FDP-Mann, als er in Bonn vorschlug, westdeutsche Eigentümer bei der Rückgabe von Ost-Grundstücken mit einer höheren Ablage zu belegen: Entweder sollten sie die Hälfte des derzeitigen Verkehrswertes abführen oder

eben in gleicher Höhe investieren. Das komme, wurde Thiele belehrt, einer grundgesetzwidrigen Enteignung gleich.

Fast immer gaben biographische Hintergründe den Ausschlag bei der Entscheidung, die ausgefahrenen Westgleise zu verlassen und sich auf neue Erfahrungen einzulassen.

Biedenkopfs Frau kommt aus Leipzig. Milbradt hat viele Verwandte in Thüringen. Steinke hatte schon immer Kontakt zu DDR-Kirchenleuten. Thiele ist in Berlin geboren.

Und Manfred Kolbe ist sowieso ein Sonderfall: Er ist nicht ausgeschiedet worden, sondern heimgekehrt.

Der 1953 bei Grimma geborene Jurist kam 1959 in die Bundesrepublik, wuchs aber in Italien auf, wo sein Vater am Deutschen Archäologischen Institut in Rom Inschriften entzifferte – deshalb fühlte er sich „nie als Westdeutscher, sondern als Deutscher“. „Unerträglich“ fand er es, wenn zum Beispiel im Fernsehen „das Fußballspiel Deutschland gegen DDR angesagt wurde“.

Die DDR hat Kolbe immer „in toto abgelehnt“. Weil er jedes Jahr zu seinen Verwandten nach Grimma fuhr – und weiter fahren wollte –, war er entschieden für Willy Brandts Ostpolitik. Weil er von seinen Vettern und Cousins wußte, wie es sich im real existierenden Sozialismus lebte, war er ein entschiedener Antikommunist.

In die CSU ging er 1978. Er hielt sie für die einzige Partei, die seine Wut auf das DDR-Regime teilte. Einen zornigen Brief schrieb er an Franz Josef Strauß, als er vom Milliardenkredit für die DDR erfuhr.

„Total frustriert“ sah er im Fernsehen, wie dem Staats- und Parteichef Honecker 1987 in Bonn der Hof gemacht wurde. Den Fall der Mauer aber begriff er als biographische Zäsur.

Erst baute er in Dresden mit dem Bürgerrechtler Arnold Vaatz die ersten Verwaltungsstrukturen des Freistaates Sachsen auf, dann kandidierte er für den Bundestag. Inzwischen hat er sein Haus am Englischen Garten in München vermietet und ist mit Frau Bettina, 36, und Sohn Fabian, 15 Monate alt, nach Köhr gezogen. In dem kleinen grauen Einfamilienhaus ist alles geblieben, wie es war – selbst die abgewohnten Tapeten mit Blümchenmuster hängen noch.

Auch Milbradt will umziehen. Nach wie vor aber ist Pendeln die Regel. Kinder und Ehefrauen protestieren bei dem Gedanken, die sozialen Bindungen aufgeben zu müssen. Die Wochenend-Ehe ist der typische Familienstand der Wosis.

Als Westdeutsche kennen sie die Spielregeln der westlichen Mediengesellschaft besser. Und weil Streit in den eigenen Reihen immer ein höheres Interesse findet als Harmonie, gelingt es

ihnen eher, auf die ersten Seiten zu kommen. Verblüfft stellen die Politiker aus dem Osten fest, daß auch im Westen ein Grundsatz gilt, den sie aus ihrer DDR-Zeit kennen: „Es kommt nicht darauf an, das Richtige zu sagen. Die richtigen Leute müssen es sagen“ (Thierse).

Der Christdemokrat Biedenkopf ist für den Sozi das beste Beispiel: „An dem guckt keiner runter, wenn er die Probleme im Osten beschreibt. Dem kann man nicht unterstellen, daß er sozialistische Flausen im Kopf hat. Bei mir hingegen kann man immer sagen: Ach ja, woher der kommt, das erklärt doch eigentlich alles.“

Aber Biedenkopf muß beim Querdenken Rücksicht nehmen. Seinem ehrgeizigen Ziel, den Freistaat Sachsen zu einem High-Tech-Land zu machen, kann er sich nur mit Bundeshilfe nähern.

Statt mit derben Antworten will der kluge Professor die Bonner mit listigen Fragen quälen. „Wer intelligente Fragen stellt, verändert das Denken.“

„Warum“, fragt stellvertretend für seine Sachsen der Wossi Biedenkopf, „muß ein Vorstandsmitglied eines Kaufhauses in Westdeutschland 1,5 Millionen Mark verdienen, bloß damit er seine Aufgabe erfüllt? Das können Sie einem Ostdeutschen nicht erklären.“

Auch sein Finanzminister Milbradt hat viele quälende Fragen.

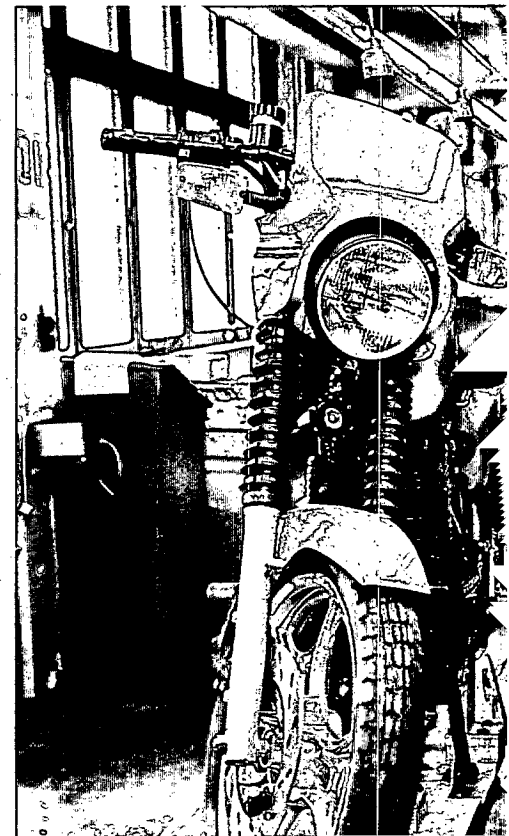
Ob es nicht ein gigantischer Unsinn sei, die Saale im bayerischen Hof mit einer dritten Klärstufe auszustatten? Und dies, obwohl jeder weiß, daß es wenige

Kilometer flußabwärts hinter der früheren DDR-Grenze noch nicht einmal eine erste Klärstufe gibt.

Das Projekt wurde vor Jahren geplant, als es noch keine deutsche Einheit gab. Sollte man das Geld jetzt nicht besser den Thüringern geben?

„Die Prioritäten müssen gemischt und neu geordnet werden“, fordert der Sachse aus dem Sauerland und ist sich darin mit dem bayerischen Kollegen Georg von Waldenfels „völlig einig“.

Nur: Es geht nicht.



Ministerpräsident Biedenkopf (in dem Motorradwerk Westdeutsche Gastarbeiter in Sachsen:



Finanzminister Milbradt

Erstens sind die Mittel verplant. Zweitens müssen die regionalen Baufirmen den Auftrag behalten – Arbeitsplätze. Und drittens wird der bayerische Umweltminister nicht in Thüringen oder in Sachsen gewählt. „Je spezieller ein Fachgebiet ist“, so umschreibt der Finanzprofessor den realen Ressort-Egoismus, „desto weniger werden die Gesamtzusammenhänge erkannt.“

Die gleiche Crux in Nordrhein-Westfalen: Kühbacher und sein nordrhein-westfälischer Kollege Heinz Schleußer wissen, daß es sinnvoller wäre, Projekte zu stoppen. Statt historische Marktplätze neu zu pflastern oder weitere Fußgängerzonen zu begrünen, würden sie das Geld – sagt Kühbacher – gern zugunsten von Brandenburg sparen.

Es geht aber nicht. Auch im Düsseldorfer Kabinett „sitzen lauter Fachmini-

ster, die alle wiedergewählt werden wollen“ und Druck machen, „weil sie sonst nichts mehr vorzuweisen hätten“ (Kühbacher).

Nicht die Strukturen des Ostens, sondern die Begehrlichkeiten des Westens blockierten die notwendige Umverteilung. Nicht das Geld fehlt, sondern die Bereitschaft, es anders zu verteilen.

Kolbe legt sich oft mit der Treuhand an. Als Notar weiß er, was auf dem Grundstücksmarkt in seinem Wahlkreis – und nicht nur dort – passiert.

hen aber fand der CDU-Mann aus Grimma heraus, daß es meist darum ging, Investoren aus ihrem Wahlkreis den Zuschlag zu verschaffen oder Druck zu machen, weil es zu lange dauert.

Niemals aber gab es West-Proteste gegen die Verdrängung der



Staatssekretär Thiele



Zschopau)

„Das können Sie einem Ostdeutschen nicht erklären“

Die Ostdeutschen, so seine Analyse, haben neben der westdeutschen Konkurrenz keine Chance.

Sie werden „systematisch aus der Eigentümerposition herausgedrängt“ – Folge der auf schnelle Vermarktung angelegten Verkaufspolitik der Treuhand. Folge aber auch jenes unseligen Grundsatzbeschlusses, der alte West-Eigentümer vor Ost-Benutzern und -Bewohnern privilegiert: „Rückgabe vor Entschädigung“.

Von einer „zweiten Enteignung“ mag Kolbe nicht reden. Er befürchtet jedoch „eine neue deutsche Teilung: Kapital und Management im Westen, die Verkaufstheke im Osten. Das Fundament ist schief“. Aber niemand hört ihm zu.

Natürlich gibt es auch westdeutsche Kollegen, die auf die Treuhand nicht gut zu sprechen sind. Bei näherem Hinse-

Ostler – je nach Lage der Dinge war die Ausschaltung der Ost-Konkurrenz erwünscht.

Milbradt sieht die westdeutsche politische Klasse wie einen Kranken, der den Gang zum Arzt scheut. „Man spürt, da ist was nicht in Ordnung, aber man geht nicht hin, weil man die Diagnose und viel mehr noch die Therapie fürchtet.“

Also schütze sich der Westen „vor den Problemen des Ostens durch bewußtes Nicht-Wissen-Wollen, weil natürlich eine zu starke Beschäftigung mit der Materie Konsequenzen hat“.

„Sensibel“, so auch Kolbe, werden die Bonner Abgeordneten immer dann für die Probleme des Ostens, „wenn sie drei Tage lang mit ihrem Ausschuß hier gewesen sind“ – meist aber auch nicht länger als drei Tage.



Heimkehrer Reckers

Georg Milbradts früherer Staatssekretär Hans Reckers, seit kurzem wieder in Bonn und dort Leiter einer neuen Planungsgruppe der CDU/CSU-Fraktion, ist eher skeptisch: Man sollte Dienstjahre im Osten zwar berücksichtigen und möglichst viele Beamtenanwärter in die neuen Länder schicken. Aber ein Pflichtjahr sei wohl „als generelle Regelung nicht machbar“.

Der Ex-Staatssekretär fühlt sich immer noch als „Anwalt der Ostdeutschen“. Aber er erlebt zur Zeit auch, in welche Zwickmühlen

man gerät, wenn man als Wossi wieder nach Bonn zurückkehrt.

Natürlich war Reckers früher dafür, daß der Bundesgerichtshof (BGH) von Karlsruhe nach Leipzig kommt. Jetzt steht der Christdemokrat im Sold der Bonner Unionsfraktion, die zu 80 Prozent aus Westdeutschen und nur zu 20 Prozent aus Ostdeutschen besteht.

Vor allem aber ist er Mitarbeiter des gesamtdeutschen Fraktionschefs Wolfgang Schäuble. Und der kommt aus Baden-Württemberg, wo das Gericht derzeit sitzt.

Auf Schützenhilfe des Schäuble-Mitarbeiters Reckers mußten die sächsischen Mitstreiter in der BGH-Frage verzichten. Der Staatssekretär a. D. blieb auf Tauchstation. Öffentliche Erklärungen, so ließ er verlauten, stünden einem Fraktionsangestellten nicht zu.